

**Kleine Anfrage****Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten)****Wie unterstützt die Landesregierung die Deutsche Bundesbank am Finanzplatz Frankfurt?****Vorbemerkung:**

Die Deutsche Bundesbank ist als nationale Zentralbank und integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken von herausragender Bedeutung für den Finanzplatz Frankfurt und das Land Hessen. Mit ihrer Zentrale und zahlreichen hochqualifizierten Arbeitsplätzen trägt sie wesentlich zur Stellung Frankfurts als führendem Finanzzentrum in Deutschland und Europa bei. Nach einem Bericht der F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung vom 14. August 2026 sucht die Deutsche Bundesbank derzeit im Rahmen eines europaweiten Verhandlungsverfahrens nach einer neuen Immobilie für ihre Zentrale in Frankfurt. Vorgesehen sind rund 2.500 Arbeitsplätze sowie rund 15.000 Quadratmeter Nutzfläche für Sonder- und Funktionsbereiche. Neben dem Preis und der Gebäudequalität spielen insbesondere die Lage sowie eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr eine Rolle. Der Zuschlag soll bis Ende 2027 erfolgen.

Das Land Hessen verfügt mit dem Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) über einen zentralen Bau- und Immobiliendienstleister mit entsprechender Expertise bei der Entwicklung und Bewirtschaftung von Immobilien. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit das Land seine Möglichkeiten und Kompetenzen nutzt, um die Deutsche Bundesbank bei ihrem bedeutenden Standortvorhaben in Frankfurt zu unterstützen.

Die Landesregierung hat selbst die Bedeutung der Standortentscheidung hervorgehoben. Im Zusammenhang mit der möglichen künftigen Nutzung des bisherigen Bundesbankgeländes für die Europäische Schule erklärte Europaminister Manfred Pentz im März 2026, das Land sei der Bundesbank für ihre Mitwirkung „zu großem Dank verpflichtet“. Vor dem Hintergrund der herausragenden Bedeutung der Deutschen Bundesbank für Frankfurt und Hessen besteht ein besonderes Landesinteresse daran, bestmögliche Rahmenbedingungen für einen langfristig attraktiven Standort der Bundesbank in Frankfurt zu gewährleisten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gespräche hat die Landesregierung seit Bekanntwerden der Pläne für eine neue Zentrale mit der Deutschen Bundesbank über deren künftigen Standort in Frankfurt geführt?
2. Welche konkreten Unterstützungsangebote hat die Landesregierung der Deutschen Bundesbank im Zusammenhang mit der Suche nach einer neuen Zentrale unterbreitet?
3. In welcher Weise ist der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen in das Vorhaben einer neuen Zentrale der Deutschen Bundesbank eingebunden?
4. Welche landeseigenen Immobilien wurden hinsichtlich einer möglichen Eignung für die neue Zentrale der Deutschen Bundesbank geprüft?

5. Welche landeseigenen Grundstücke wurden hinsichtlich einer möglichen Eignung für die neue Zentrale der Deutschen Bundesbank geprüft?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Deutsche Bundesbank bei Planungsprozessen für ihre neue Zentrale zu unterstützen?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Deutsche Bundesbank bei Genehmigungsprozessen für ihre neue Zentrale zu unterstützen?
8. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Verbesserung der verkehrlichen Rahmenbedingungen für den künftigen Standort der Deutschen Bundesbank?
9. Welche Bedeutung misst die Landesregierung den rund 2.500 vorgesehenen Arbeitsplätzen der neuen Bundesbank-Zentrale für den Finanzplatz Frankfurt bei?
10. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung zur langfristigen Stärkung der Deutschen Bundesbank am Finanzplatz Frankfurt?

Wiesbaden, 18. August 2026

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mar. Schardt-Sauer', written in a cursive style.

Marion Schardt-Sauer